



# Leben bedeutet mehr als Überleben auch für Armutsbetroffene

---



**NEIN ZUR SOZIALAPARTHEID**

## Sprecht mit uns! Nicht über uns!

Im Räderwerk der Gesellschaft kommt die Menschenwürde der finanziell Schwachen, sozial Benachteiligten und kranken Armutsbetroffenen unter die Räder. Das gesamte Räderwerk zer-malmt ihre Würde, denn die Würde besteht darin, dass die Menschen ernst genommen werden, dass sich Zeit genommen wird, um zuzuhören. Darum publizieren wir in dieser Ausgabe, was Armutsbetroffene zu sagen haben, um den LeserInnen authentischen Einblick in ihren Alltag zu geben. Es brauchte für viele sehr viel Mut und Kraft, sich zu outen und die lange Reise nach Bern auf sich zu nehmen, einige kamen an die Grenze ihrer Kraft. Doch sie haben es getan, um für Verbesserungen zu kämpfen. Es ist eine zentrale Aufgabe der IG Sozialhilfe immer wieder die

Stimmen der Armutsbetroffenen zu publizieren. Lesen Sie das Interview, wie schwierig es ist, unsere Zeitung zu verkaufen. Oft werden unsere VerkäuferInnen als Störfaktor gesehen, weil man nichts sehen, hören und lesen will, wie es ist! Dass Menschen mit einer Behinderung von der IV schikaniert werden, in völlige Verzweiflung geraten, weil die IV- Revisionen oder Ablehnungen sie um ihre Existenz bringen. Das dies ein Hohn ist in einem der reichsten Länder der Welt und damit die Menschenwürde mit Füßen getreten wird.

Die Bürgerrechtsbewegung der *Verding- und Heimkinder, administrativ Versorgten und Sterilisierten*, kämpft unentwegt für Gerechtigkeit und Anerkennung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren Opfer sie wurden. Siehe dazu auch die *IG-Zeitung Nr. 17*. Lesen Sie zum geschichtlichen Hintergrund dazu den Artikel vom Verein netzwerk- verdingt. Auch die Opfer der von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betonen immer wieder: Sprecht mit uns! Nicht über uns!

MitarbeiterInnen der IG Sozialhilfe haben mit ihnen gesprochen: Die IG Sozialhilfe unterstützt seit Anfang an, seit 20 Jahren, Menschen über viele Jahre hinweg und hat einige bis in den Tod begleitet, die Opfer waren von fürsor-

gerischen Zwangsmassnahmen. Meistens sind die IG-MitarbeiterInnen ihre einzigen Bezugspersonen und diese Beziehungen waren die längsten in ihrem ganzen Leben, weil sie seit ihrer Kindheit immer herumgeschoben wurden.

Die meisten der Tüchtigen, viele Berufsleute im Sozial- und Gesundheitswesen, sehen sich als Rädchen im gesamten Getriebe. So lehnen sie die Verantwortung für ihr Tun ab, für die von ihnen begangenen Erniedrigungen und Verletzungen gegenüber Menschen in Not, die ihnen ausgeliefert sind. „Denn sie tun ja nur ihren Job“. Tatsächlich haben sie die Funktion im grossen Räderwerk eines der Rädchen im Getriebe zu sein – doch wo bleibt ihre eigene Würde? Wo der Widerstand? Soziale Probleme sind politisch! Erkennt die Kriso und versucht, aus dem Räderwerk auszubrechen

Die *IG-Zeitung* ist allen Menschen gewidmet, die unter die Räder kommen und all jenen, die kein Rädchen im Getriebe sein wollen – sich dem menschenfeindlichem Räderwerk widersetzen und für soziale Gerechtigkeit, Achtung und Menschenwürde kämpfen.

*Branka Goldstein,  
Präsidentin IG Sozialhilfe*

### Impressum

IG Sozialhilfe  
Postfach 1666  
8032 Zürich  
www.ig-sozialhilfe.ch  
Tel. 079/343 66 43  
ig-sozialhilfe@gmx.ch

### Verantwortlich für die Redaktion:

Branka Goldstein, Zürich  
Luzian Ochsner, Zürich

### Korrektur:

Felix Schöpfer, Zürich

### Titelblatt:

Tanja Catarina Brunner, Winterthur

### Grafische Zeitungskonzeption:

Beatrice Güntensperger, Zürich

### Layout:

Peter von Felten, Winterthur

### Druck:

Ropress, Zürich  
Auflage 4'000

### Zeitungsproduktion:

Herzlichen Dank allen AutorInnen und MitarbeiterInnen für die ehrenamtliche solidarische Arbeit.

### Copyright:

by IG Sozialhilfe

## Inhaltsverzeichnis

- 3 „Die Hamsterrad-Gesellschaft“ von Kurt Wyss
- 3 „Schweiz: Armutsbetroffene ergreifen das Wort: Sprecht mit uns, nicht über uns!“ von Branka Goldstein
- 7 „Mit Delegieren, Pflasterchenpolitik und Arbeitsintegration die Armut bekämpfen?“ von Luzian Ochsner
- 8 „Teillohn, soziale Notwendigkeit oder moderne Sklaverei?“ von René Ziörjen
- 9 „Invalidenversicherung: Leistungsabbau ohne Ende“ von Pierre Heusser
- 10 „Soziale Probleme sind politisch, Soziale Arbeit ist es auch!“ von Arbeitsgruppe Soziale Kämpfe /Forum für kritische Soziale Arbeit
- 11 „Unrecht wird nicht durch das Verdrängen oder Verschweigen bewältigt“ von Walter Zwahlen
- 13 „Das Kafi Klick ist wieder ein Bereich der IG Sozialhilfe“ vom Kafi Klick-Team
- 14 „Unterwegs für die IG Sozialhilfe“ von Corinne Eugster
- 15 „Interview: Frau E., unsere hartnäckige IG-Zeitungsverkäuferin“ von Branka Goldstein
- 16 „Das Matronats- und Patronatskomitee der IG Sozialhilfe“

## Die Hamsterrad-Gesellschaft

*Sesam öffne dich – ich möchte hinaus!*  
Stanislaw Jerzy Lec

Nur wenige Menschen hatten bemerkt, dass die Gesellschaft in eine Hamsterrad-Gesellschaft verwandelt ward. Die Hamsterrad-Gesellschaft zeichnete sich dadurch aus, dass deren Glieder, das heisst die Menschen, die im Grunde keine Menschen mehr waren, sondern eben Hamster, nur noch auf äussere Anreize reagierten. Sie gehorchten dem allherrschenden Pawlowschen Prinzip des bedingten Reflexes. Die ganze Industrie und überhaupt alle Lebensbereiche waren aus unterschiedlich konstruierten Hamsterrädern zusammengesetzt, und diese Hamsterräder wurden von den zu Hamstern mutierten Menschen am Laufen gehalten. In Hamsterrädern lief man in der gesellschaftlichen Hierarchie oben, in der Mitte und unten. Ganz oben wurden die Hamster für ihr schon so luxuriöses Hamster-Dasein – sie konnten auf roten Teppichen laufen und wurden dabei immer mit Essen und Trinken und anderem bedient – fürstlich belohnt, weshalb man sie Oberhamster nannte. Die Hamster ganz unten dagegen mussten froh sein, in einem der schäbigen Hamsterräder überhaupt mitlaufen zu dürfen. Sie bekamen wenig bis nichts für ihr Laufen. Zur Beruhigung von denen unten – die Mehrheit war unten – wurden so genannte Hamsterrad-Veranstaltungen durchgeführt mit kugelförmig sich drehenden Rädern, worin die mitlaufenden Hamster Geld oder andere Preise gewinnen konnten, oder es wurden kreisförmige Hamsterzentren betrieben mit ausgelegten Schnäppchen, wo es den Hamstern gestattet war, ringsum laufend nach den Schnäppchen zu hamstern.

Die allermeisten Hamster hatten ihr zu betreibendes Hamsterrad derart verinnerlicht, dass sie glaubten, es entspräche ihrem eigenen Wunsch. Sie zwangen sich gar in den Glauben, dass überhaupt nur ein Dasein im Hamsterrad echtes menschliches Dasein widerspiegeln. Dagegen freilich sprach das mühselige Hamsterrad-Laufen, und im Innersten noch der Gläubigsten meldeten sich Zweifel und Unbehagen: „Bin ich wirklich auf dem richtigen Weg im Hamsterrad?“ Die Hamsterrad-Gesellschaft kannte die Gefährlichkeit der Frage und reagierte mit einem Hamsterrad der besonderen Art. Darin wurden Woche für Woche falsche Hamster als so genannter gesellschaftlicher Abschaum öffentlich vorgeführt und gezeigt, wie diese falschen Hamster falsch liefen im Hamsterrad oder wie sie es gar verweigerten, im Hamsterrad mitzulaufen. Diese weltwöchentlichen Vorführungen ermöglichten es dem Hamster-Publikum, sein Mütchen zu kühlen an den falschen Hamstern, auf diese einzudreschen, sie auszuschliessen, nach unten zu boxen und sich so zu bestätigen, selber doch auf dem richtigen Weg zu sein im Hamsterrad.

In der Hamsterrad-Gesellschaft mussten Hamsterräder auch geschlossen werden, entweder weil sie unrentabel waren oder weil sie doch rentabel waren, ein Schliessen aber noch rentabler. Also fielen Hamster aus den Hamsterrädern heraus und viele davon schafften es nicht mehr, wieder in ein Hamsterrad hineinzukommen. Solches immerhin bot den betroffenen Hamstern die Chance, eigene Wege zu gehen, die Hamster-

räder von aussen zu sehen, zu sehen, wie und was man selber war und in der Folge vielleicht gar zu versuchen, das Hamster-Dasein abzustreifen. Das wiederum widersprach – natürlich! – der Logik der Hamsterrad-Gesellschaft: Man stelle sich vor, die in den Hamsterrädern laufenden Hamster sähen draussen plötzlich Wesen, die ihres eigenen Weges gehen und es auch noch spannend finden, ihres eigenen Weges zu gehen! Nicht auszudenken, wie viele dieser baff dreinschauenden Hamster auf die Idee kommen könnten, selber eigenes zu versuchen. Und wo könnten die Oberhamster ihre enormen Gewinne dann noch hernehmen?

Natürlich liess die Hamsterrad-Gesellschaft eine Gefährdung ihres Hamsterrad-Getriebes nicht zu. Sie hatte extra Übungshamsterräder bauen lassen und zwang alle diejenigen Hamster da hinein, die aus den normalen Hamsterrädern gefallen waren und innert nützlicher Frist kein neues gefunden hatten. In den Übungshamsterrädern liessen sich – das war deren Hauptzweck – problemlos falsche Hamster produzieren. Alleine dadurch nämlich, dass ein gefallener Hamster in ein Übungshamsterrad eintreten musste, wurde signalisiert, dass an diesem Hamster etwas faul sein musste, ansonsten er ja nicht in ein Übungshamsterrad müsste. Und wenn diese aufgebotenen Hamster dann nicht mal in den Übungshamsterrädern richtig mitliefen – dem konnte durch den Einbau fieser Hindernisse leicht nachgeholfen werden –, waren sie erst recht überführt als die wahrhaft Schuldigen, das Getriebe gleichzeitig gerettet.

*Kurt Wüss*

## Schweiz: Armutsbetroffene ergreifen das Wort: Sprecht mit uns, nicht über uns!

**Im August 2012 versammelten sich in Bern gegen Hundert Armutsbetroffene aus der ganzen Schweiz, um über die alltägliche finanzielle Not, mangelnde persönliche Unterstützung und die erfahrene diskriminierender Respektlosigkeit zu berichten. Einige suchten nach gemeinsamen, selbstän-**

**digen Wegen, um der Sozialhilfeabhängigkeit zu entfliehen.**

An der ersten nationalen Konferenz zur gemeinsamen Bekämpfung von Armut im Jahre 2010 mit Herrn Bundesrat Burkhalter unterschrieben die VertreterInnen von Bund, Kantonen, Gemein-

den und Städten eine gemeinsame Erklärung, in welcher sie sich verpflichteten, „alle zwei Jahre Bilanz zu ziehen über die Wirkung der Arbeiten zur Gesamtschweizerischen Strategie zur Armutsbekämpfung.“ Im Vorfeld der Bilanz 2012, genannt „Runden Tisch“ vom 19. November 2012, an dem Ver-

treterInnen der Bundesämter, Arbeitnehmer- und geberverbände, Hilfsorganisationen, Berufs- und Fachverbände teilnahmen, setzten sich Armutsbetroffene durch, ebenfalls daran teilnehmen zu können. Bewilligt wurde eine kleine Delegation von Armutsbetroffenen, die kurz die Forderungen einbringen und vertreten konnten.

Auf Initiative von Liste 13, Avji Sirmoglu und Christoph Ditzler, wurde eine Vorbereitungsveranstaltung mit Armutsbetroffenen aus der ganzen Schweiz von AvenirSocial, ATD Vierte Welt, Liste13 gegen Armut und Ausgrenzung und der IG Sozialhilfe organisiert und vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) finanziert. Zu den eingeladenen Gästen gehörten VertreterInnen von Bundesämtern, Caritas und weitere Interessierte.

Die ganze Veranstaltung wurde zweisprachig geführt, damit der Austausch zwischen TeilnehmerInnen aus der Deutschschweiz und der Romandie gewährleistet war. Bedauert wurde von den Armutsbetroffenen, dass sich Herr Bundesrat Berset für diese Veranstaltung keine Zeit nahm, sowie keine Vertretung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) anwesend war, sodass der Dialog mit diesen entscheidenden Personen nicht geführt werden konnte: Dies wurde als Entwertung empfunden. Für diese Vorbereitungsveranstaltung im August wurde ein Arbeitspapier ein verfasst:

Bestellen Sie das Heft bei der IG Sozialhilfe für Fr.12.– inkl. Porto: ig-sozialhilfe@gmx.ch  
**„Menschen in Armut ergreifen das Wort – Jedi Stimme ist wichtig“ mit 32 Beiträgen von Armutsbetroffenen aus acht Kantonen.**  
 Deutsch und Französisch.

### **Für die Armutsbetroffenen hat sich seit 2010 nichts verbessert!**

Die „Gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut“ hat für die Armutsbetroffenen nichts verändert, trotz all den Konferenzen; im Gegenteil! Die materielle Not, jeden Rappen zwei Mal umdrehen zu müssen, wiegt schwer. Die Ohnmacht ist gross, die diskriminierenden Kampagnen ertragen zu müssen „gegen Sozialschmarotzer

und Scheininvaliden“. Arbeitslose stehen gesellschaftlich unter Generalverdacht, obwohl sie noch so gerne arbeiten würden, aber zu wenig Stellen vorhanden sind. Diese gesellschaftliche Stigmatisierung verletzt die menschliche Würde und das Selbstwertgefühl und bedeutet ein Leben in ständiger Existenzangst. „Armut ist ein Handicap, das ich mir nicht ausgesucht habe“, sagte eine Frau.

### **Erfreuliches im Alltag? Das grosse Schweigen**

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg: Aus vielen Regionen reisten mutig und solidarisch Armutsbetroffene an, um der Armut mit ihrer Stimme und ihrem Gesicht Gehör zu verschaffen. Durch ihre Anwesenheit leisteten sie einen Beitrag gegen die Missstände und die soziale Ungerechtigkeit. Für viele brauchte es sehr viel Überwindung und Mut sich zu zeigen und zu sprechen, für viele Menschen mit Behinderung war die Anreise, die Tages-Veranstaltung und Rückreise eine grosse (Über)-Anstrengung.

Viele Missstände wurden zusammengetragen. Die Not und die soziale Ungerechtigkeit sind oft unerträglich und machen krank. Das Leben von Armutsbetroffenen in der reichen Schweiz müsste nicht sein: Auf die Frage, ob es auch Erfreuliches aus dem Alltag zu berichten gäbe, herrschte grosses Schweigen und Ratlosigkeit im Saal.

### **Die Forderungen der Armutsbetroffenen für den „Runden Tisch“**

Avji Sirmoglu und Christoph Ditzler haben die nachfolgenden Forderungen der Armutsbetroffenen zusammengestellt für den „Runder Tisch“. Ziel war, breit abgestützt und direkt von den Armutsbetroffenen zu erfahren, welche ihre zentralen Probleme sind, um Missstände aufzuzeigen und Forderungen am „Runden Tisch“ zu vertreten.

#### **Zusammenfassung:**

##### **Wohnen**

Es gibt viel zu wenig günstige Wohnungen für alle Armutsbetroffenen, sie werden überangen: Familien, Eltern, de-

ren Kinder ausgezogen sind, junge Erwachsene, Alleinstehende und ältere Menschen.

Günstige Wohnungen werden abgerissen, teure erstellt mit Mietzinsen, welche das Sozialamt und die Ergänzungsleistungen nicht zu finanzieren vermögen. Viele Menschen, die Sozialhilfe beziehen, sind gezwungen, einen Teil der Miete aus ihrem Grundbedarf zu bezahlen. So bleibt der Kühlschrank leer. Statt Häuser abrechen, sollten die Wohnungen günstig renoviert werden, der Mietzins tief bleiben, damit die Miete vom Sozialamt weiterhin übernommen wird.

Neu ist in Basel sogar, dass es nur noch Unterstützung für die Umzugskosten gibt, wenn man in eine noch billigere Wohnung umzieht. Viele wohnen in schlechten Wohnungen und hoffen mit der Zeit, eine bessere zu finden, aber so ist eine Verbesserung der Wohnqualität unmöglich. Für Mietzinskaution oder Genossenschaftsanteile müssen kantonale Lösungen gefunden werden: Armutsbetroffene können die Mietzinskautionen oder die Genossenschaftsanteile nicht selber bezahlen.

Günstige rollstuhlgängige Wohnungen gibt es viel zu wenige, deren Mietzinse der Höhe der Mietkosten der Ergänzungsleistungen zur IV entsprechen. Die langen Wartelisten zeigen die grosse Nachfrage.

##### **Schule und Bildung**

Kinder von armutsbetroffenen Familien sind in der Schule oft benachteiligt. So werden zu schnell und zu früh die Weichen fürs Leben gestellt. Sie werden zu wenig gefördert bei Lernschwächen und auf die Seite geschoben. Die LehrerInnen sollten ein Wissen über den sozialen Hintergrund von armutsbetroffenen Kindern haben und sich mehr für diese Kinder einsetzen.

Erstausbildungen, nachholbare Berufsausbildungen für Erwachsene müssten zwingend vom RAV und der Sozialhilfe gefördert und finanziert werden. Denn ohne Berufsausbildung gelingt es kaum, der Armut zu entrinnen und entsprechend das nötige Einkommen selber erwirtschaften zu können.

## Gesundheit

Gesund essen können Armutsbetroffene nicht. Das Geld dafür reicht nicht, denn gesunde Lebensmittel sind zu teuer. Bioprodukte sind kaum erschwinglich, was vielen ein wichtiges Anliegen wäre.

Kosten bei Krankheiten sollten vollständig übernommen werden: Die Krankenkassen sparen in der Grundversicherung, sodass die Kosten für z.B. Diabetikerstäbchen für die Blutkontrolle, Brillen, usw. zu grossen Belastungen führen. Die Sozialhilfe sollte diese Kosten übernehmen.

Bei der IV dauert es Monate, bis die Verfügungen für die nötigen Hilfsmittel eintreffen, was die gesundheitliche Situation von Behinderten noch zusätzlich belastet. Dies ist erniedrigend für Kranke und Menschen mit Behinderungen. Viele Kosten bleiben ungedeckt, sodass sich die Not dieser Menschen verstärkt und damit auch ihre Krankheiten sich verschlimmern. Sämtliche Kürzungen und Sparmassnahmen bei der IV verschlechtern die Lebensqualität von Armutsbetroffenen mit Behinderung.

## Arbeit

Die meisten Armutsbetroffenen wünschen sich den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt, wo sie ihr Geld selbstständig und nicht prekär verdienen können. Arbeit ist ein zentrales Thema für die Armutsbetroffenen. Sie wollen in der Gesellschaft Teilhabende sein und für einen existenzsichernden Lohn arbeiten, um nicht länger in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Behörden und damit zum Staat zu stehen. Für Armutsbetroffene ist der Mindestlohn zentral, wie dies von den Gewerkschaften gefordert wird. So würde es keine Working Poor geben. Das Arbeiten auf Abruf und die prekären Löhne sollten nicht existieren.

Jobs für alle, zumutbare Arbeit, selbstbestimmte Arbeit, freiwillig angenommene, das ist wichtig. Sie wünschen eine Umverteilung der Löhne von „oben“ nach „unten“.

Nur gibt es zu wenig freie Arbeitsstellen für alle. Wir lesen in den Zeitungen immer wieder von Stellenabbau. Hunderte und Tausende von Menschen verlieren immer wieder in der Schweiz ihre

Arbeitsstellen, weil die Produktion in ein Billiglohnland verlagert wird. Junge Erwachsene haben es besonders schwer: Sie sollten stark gefördert werden, wenn nötig mit Nachhilfeunterricht, damit sie die Lehre oder Ausbildung schaffen und/oder eine Lehrzeitverlängerung einplanen können.

Für ältere ArbeitnehmerInnen ist es auch schwierig, weil sie dem Arbeitgeber, wie es heisst, zu „hohe Kosten“ verursachen. Ganz arg ist es, wenn bei Älteren die Leistungsfähigkeit mit dem Alter abnimmt und diesen nach jahrzehntelangem Arbeitsverhältnis kaltblütig gekündigt wird; Altersarmut droht. Diese Tatsache und die Angst vor der Altersarmut sind stark vertreten, zudem wird man gebrechlicher.

## Der zweite Arbeitsmarkt

Dass der zweite Arbeitsmarkt einen Ausweg aus der Misere sein soll, ist nicht wahr. Dadurch gibt es keine wirtschaftliche Selbstständigkeit und eine selbstbestimmte wirtschaftliche Existenz wird zur Makulatur. Der zweite Arbeitsmarkt behält die Menschen bei sich als Gratisarbeitende: Dies ist eine grosse Ungerechtigkeit.

Wir wollen keinen Rückfall in die alten Zeiten, in denen es Arbeitshäuser und Arbeitslager gab. Tagesstruktur-Einrichtungen sollten für Langzeitarbeitslose nur freiwillig und ohne Zwang sein. Keine Sanktionen von der Sozialhilfe, wenn jemand nicht teilnehmen will. Der zweite Arbeitsmarkt wird berechtigterweise von den Betroffenen stark kritisiert: Er ist eine Armutsindustrie.

Der Zwang an Integrationsprogrammen teilzunehmen durch die Sozialämter ist Zwangsarbeit und zementiert die Abhängigkeit von materieller Unselbständigkeit.

## Zum Grundeinkommen

Manche meinen, dass das Grundeinkommen eine Lösung sei. Wenn schon nur mit einem existenzsichernden Grundeinkommen und mit einer eingebauten Negativsteuer. Wird ein Einkommen über das Existenzminimum hinaus mit einem zusätzlichen Schwellenwert berechnet, wäre dies ein Grundeinkommen, wie der geforderte Mindestlohn der Gewerkschaften. So

kann auch keine Subventionierung der Arbeitgeber dank dem Grundeinkommen entstehen.

## Arbeitslosenversicherung

Der Abbau bei der ALV ist ungerecht. Die Menschen haben weniger Chancen, weniger Rechte und viel zu kurze Rahmenfristen, sodass sie sich durch die Reformen, der verlängerten Rahmenfristen keine Perspektiven mehr erarbeiten können.

## AHV-Hilflosenentschädigung

Die Hilflosenentschädigung, HE, ist für AHV-RentnerInnen viel niedriger als für IV-RentnerInnen: Es gibt keinen juristischen Grund dafür. Die HE der AHV-BezügerInnen muss zwingend erhöht, bzw. der IV gleichgestellt werden.

## Armutsbetroffene Haus- und Familienfrauen

Haus- und Familienfrauen brauchen genauso eine IV-Rente bei Behinderungen, wie die sogenannten Erwerbstätigen. Diese Arbeit soll voll anerkannt werden. Hausarbeit, Kindererziehung, private Pflegedienste bei Familienangehörigen, ist Arbeit und muss genauso IV-Renten generieren!

## Genossenschaften und Kooperativen

Den Langzeitarbeitslosen sollen Alternativen geboten werden, wo sie tätig sein können: Gründen von Genossenschaften, um eigene Arbeitskreise zu realisieren mit existenzsichernden Löhnen. Wenn kantonal so viele Gelder da sind für den zweiten Arbeitsmarkt, müsste man offen sein für nationale und kantonale offizielle Eingabestellen für autonome Projekte. Dazu braucht es Fondsstellen, die Kapital gewähren für den materiellen Start zur Genossenschaftsgründung. Viele Armutsbetroffenen verstehen sich als Arbeitende, ehemalige ArbeitnehmerInnen und möchten neue Wege gehen. Dazu benötigen sie Rahmenbedingungen, die fördern und nicht misstrauen. Die Schweiz könnte ein vorbildliches Land werden in Bezug auf Solidarität und Menschlichkeit.

## Soziale Rechte

Wichtig wären kostenlose unabhängige Beratungsstellen für juristische Unterstützung (In Zürich gibt es seit 2013 die unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht, die aus der IG Sozialhilfe hervorgegangen ist. A.d.R. Siehe S. 9). Wenige Beratungsstellen kennen sich in der Sozialhilfe aus. Zudem verlangen sie Geld, was die Leute nicht haben.

Sozialhilfeämter sollen transparent sein, damit man weiss, welche Rechte und nicht nur welche Pflichten man hat als ArmutsbetroffeneR. Die Armutsbetroffenen sollten sich auf erteilte Auskünfte ausnahmslos verlassen können, bzw. vorgängige Zusicherungen schriftlich erhalten.

In jeder Gemeinde braucht es einen Informationsschalter für alle Informationen und Tipps für alle Menschen, die irgendeiner Form in Not stecken.

### Forderungen für soziale Rechte:

- Statt Sozialziele einklagbare Sozialrechte in die Bundesverfassung!
- Die Witwenrenten erhöhen, damit keine Sozialhilfe nötig ist.
- Respekt vor dem Privatleben: IV-RentnerInnen und SozialhilfebezügerInnen müssen ständig Auskunft über Persönliches erteilen, Zögern wird es als mangelnde Kooperation angesehen.
- Kinderarmut bekämpfen ist dringend notwendig! Wenn Kinder in Armut aufwachsen müssen, ist das eine grosse Ungerechtigkeit und Diskriminierung.
- Verankerung des sozialen Rechts auf Sozialhilfe (und nicht nur Nothilfe) in der Bundesverfassung. Aber keine Nivellierung sondern Erhöhungen der bisherigen Leistungen: 30%, mehr für Familien = 50%.

## SozialarbeiterInnen

Gut ausgebildete SozialarbeiterInnen mit Einfühlungsvermögen sollen auf den Ämtern tätig sein, nicht kaufmännisches Personal mit Kurzumschulung. Es ist schlimm, wie wenig verstanden wird und wie mit den Betroffenen umgegangen wird. Das Sozialamt ist keine Buchhaltungsfirma, wo es nur um

Soll und Haben geht! Beratungen von 30 Min. bei der Sozialhilfe pro Person sind nicht genügend. Der grosse Zeitmangel wird den KlientInnen nicht gerecht. Die Beratung müsste mindestens eine Std. dauern.

In einem Gespräch mit zwei zukünftigen SozialarbeiterInnen, die ein Praktikum bei der Sozialhilfe absolvierten, fiel folgende Aussage: „Das Ganze hat nichts mehr mit Sozialarbeit zu tun. Da geht es nur noch um Bestrafungen, Regulierungen, Beschnüffelungen, Massnahmen, Sanktionen, Schikanen.“ Sie kamen zum Schluss, niemals für ein Sozialamt tätig sein zu wollen.

## Ungleichheit

Zwischen den Sozialversicherungen und der Sozialhilfe besteht eine grosse Ungleichheit:

Das Einklagen von sozialen Rechten für SozialhilfeempfängerInnen ist sehr schwierig.

Hingegen haben die IV-RentnerInnen Zugang zu Anwälten, die SozialhilfebezügerInnen kaum. Bei Rekursen dauert es sehr lange bis eine Antwort eintrifft. Doch während der Rekurszeit wird bereits schon gekürzt. Forderung: Rekurse müssen innerhalb eines Monats beantwortet werden. Die aufschiebende Wirkung muss endlich und – wie vom Gesetz eigentlich vorgesehen – bis zum rechtskräftigen Entscheid gewährleistet sein.

### „Oben“ und „unten“:

Die da oben bestimmen, wie die da unten zu leben haben. Das wollen wir nicht.

Die da oben können alles verstecken, denen von unten rennt nach man wegen den kleinsten Beträgen: Setzt Sozialdetektive ein, will Blanko-Vollmachten von denen da unten, um über die totale Kontrolle zu verfügen.. Das ist ein ungerechtes System. Verteilung von „oben“ nach „unten“ der Gelder ist ein Muss! Neuerdings will man bei der Sozialhilfe Basel-Stadt jederzeit von den Sozialhilfeempfängerinnen wissen, wie sie ihr Geld ausgeben. Früher ging es um die Kontrolle der Einnahmen, nun will man jederzeit ihr Post- oder Bankkonto überprüfen können.

## Geld und Existenz

- Mehr Geld für die SozialhilfeempfängerInnen: Eine Erhöhung von 30% des Grundbedarfs für Einzelpersonen und 50% für Familien der bestehenden Leistungen genügt nicht. Die TV- und Radiogebühren sollen SozialhilfebezügerInnen erlassen werden, wie den Menschen mit Ergänzungsleistungen.
- Gratis Abo für das lokale Öffentliche Verkehrsnetz für SozialhilfebezügerInnen.
- Abschaffung der Verwandtenunterstützung und der Rückzahlungspflicht, auch bei Erbschaft. Es gibt keine Erbschaftssteuer mehr, aber bei SozialhilfeempfängerInnen werden die bezogenen Leistungen abgerechnet. So werden sie in der Gesellschaft ungleich behandelt. Überall Ungleichheit!
- Forderung: Die Sozialhilfe sollte ab sofort kein Darlehen mehr sein.

### Keine Diskriminierungen!

- Keine Sanktionen.
- Keine Sozialdetektive.
- Keine Willkür gegenüber den sozial Schwachen.
- Bei der Sozialhilfe sind die persönlichen Rechte beschnitten. SozialhilfebezügerInnen haben nicht die gleichen Rechte, wie andere Menschen in der Bevölkerung.
- Keine Zwangsarbeit den SozialhilfebezügerInnen aufzwingen.

### Migration, Ausländerrecht gehört in die nationale Armutsstrategie!

Das Ausländerrecht soll Bestandteil der Armutsstrategie sein. MigrantInnen gehören zur Bevölkerung in der Schweiz, viele sind ebenfalls von Armut betroffen. Sie leiden noch mehr unter den Restriktionen der Sozialhilfe: Wer eine Aufenthaltsbewilligung hat, also Ausweis B, kann ihn verlieren, wenn Sozialhilfe bezogen wird. MigrantInnen in Not dürfen nicht ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren durch den Bezug von Sozialhilfe.

*Zusammengestellt von  
Branka Goldstein*

## Mit Delegieren, Pflasterchenpolitik und Arbeitsintegration die Armut bekämpfen?

Zwei Jahre nach der Nationalen Armutskonferenz fanden sich am 19. November 2012 Vertretungen der Kantone und Gemeinde, ExponentInnen verschiedener NGO's, Sozialpartner sowie drei Armutsbetroffene unter der Leitung von Bundesrat Alain Berset in Bern zusammen. Am so genannten Runden Tisch sollte Bilanz über die zwei vergangenen Jahre der Gesamtschweizerischen Strategie zur Armutsbekämpfung gezogen, realisierte Umsetzungen und unerreichte Ziele diskutiert werden. Das Resultat aus der Sicht von Armutsbetroffenen und ihrer Organisationen: unbefriedigend.

### Verantwortung sogleich wieder abgegeben

Wie bereits die Nationale Armutskonferenz im Jahre 2010, war auch der Runde Tisch vom 19. November 2012 Teil der am 31. März 2010 vom Bundesrat veröffentlichten „Gesamtschweizerischen Strategie zur Armutsbekämpfung“. <sup>1</sup> Der Ursprung dieser liegt in einer Motion, die am 13. Januar 2006 von der Kommission für die soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates eingereicht und später vom Parlament bestätigt wurde. Damit sollte signalisiert werden, dass die Bekämpfung der Armut in der Schweiz nicht nur auf der Ebene von Kantonen und Gemeinden oder durch private Initiativen betrieben werden sollte. Auch der Bund sollte vermehrt aktiv werden. Doch nach gut zwei Jahren weist der Bund diese ihm zugewiesene Verantwortung bereits wieder teilweise von sich, lässt doch das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) in der Erklärung im Rahmen des Runden Tisches folgendes verlauten: „Der Bundesrat hat aufgrund der geltenden Kompetenzordnung in der Armutsbekämpfung nur beschränkten Handlungsspielraum. Sein Engagement richtet sich deshalb darauf, die Kantone, Städte und Gemeinden sowie Nichtregierungsorganisationen in ihren Bestrebungen zu unterstützen.“ Basierend auf dieser Haltung delegiert der Bund zwei der drei von ihm festgelegten Schwerpunkte zur Armutsbekämpfung in der Schweiz zurück an die Kantone und Gemeinden. So sollen sich diese, auf die Empfehlungen aus einem Bericht des

Bundes stützend, der Förderung von Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich und der Bekämpfung von Familienarmut annehmen. Doch gerade in Bezug auf die Familienarmut könnte der Bund seinen Handlungsspielraum bedeutend besser ausschöpfen, da beispielsweise die Familienzulagen, ein probates und politisch oft umkämpftes Mittel zur Senkung der Familienarmut, in den Bereich der Sozialversicherungsleistungen fallen und daher Sache des Bundes sind. <sup>2</sup>

### Auf altbekannte, demütigende und ineffiziente Strategien gesetzt

Somit verbleibt der dritte Schwerpunkt, die (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Hauptfokus des Bundes. Mit dieser Ausrichtung verfolgt der Bund in Bezug auf die Armutsbekämpfung weiterhin jenen inhaltlichen und rhetorischen Weg, den er bereits vor mehreren Jahren eingeschlagen hatte, obwohl diese so genannten Aktivierungsprogramme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt in den letzten Jahren von vielen, nicht nur linken Kreisen, grundlegend kritisiert wurden. Sogar das Staatssekretariat für Wirtschaft, ein sicherlich nicht dezidiert linkes Gremium, kam in einer Studie zum Schluss, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und den als Integrationshilfen ausgewiesenen Leistungen festgestellt werden könne. Aus rein ökonomischer Sicht sei eine Nicht-Zuweisung wirtschaftlicher. <sup>3</sup> Dass in individuellen Fällen solche Programme „persönlich stabilisierend“ sein können, mag sein. Als Gegendarstellung zu dieser Auslegung kann jedoch der Artikel „Teillohn, soziale Notwendigkeit oder moderne Sklaverei?“ in dieser Zeitung gelesen werden, der aufzeigt, dass diese Programme im individuellen Fall viel eher demütigend und desillusionierend sind. Sicher ist, dass mit diesen Programmen eine Rhetorik der Selbstverschuldung von Armut, ein „ohne Fleiss – kein Preis“-Bild des Arbeitsmarktes vermittelt, und so klar über eine strukturell bedingte Sockelarbeitslosigkeit hinweg getäuscht wird.

### Jeder Rappen zählt? Das Budget ist verschwindend klein!

Betrachtet man das finanzielle Ausmass, mit welchem der Bund seine Vorhaben zur Armutsbekämpfung in der Schweiz zusätzlich verstärken will, so fällt es einem schwer, diese als ernst gemeint zu betrachten. Denn lediglich neun Millionen Franken soll der budgetierte Finanzrahmen, mit welchem das fünf Jahre dauernde Programm zur Armutsbekämpfung realisiert werden soll, umfassen. Also gerade einmal so viel, wie der Bund 2013 in zwei Tagen für den Bau, Ausbau und Unterhalt von Nationalstrassen ausgeben wird oder 500 mal weniger als das Budget, welches vom Bund für die Armee zur Verfügung gestellt wird. <sup>4</sup>

### Kurz angehört – aber auch ernst genommen?

Doch auch in Bezug auf das Involvieren von Armutsbetroffenen in die Ausarbeitung der weiterführenden Strategie zeigte sich, dass bei den am Runden Tisch teilnehmenden Armutsbetroffenen vor allem ein Gefühl der Enttäuschung zurückbleibt. Kein Wunder, wurden ihnen doch lediglich zehn Minuten zur Darstellung der alltäglichen Probleme von Armutsbetroffenen der Schweiz eingeräumt. Die vorgebrachten Punkte wurden wohl angehört, ob diese auch ernst genommen werden, bleibt zu bezweifeln. So hält der Bund in seiner Stellungnahme zwar fest, dass sich aus der Sicht der Armutsbetroffenen an ihrer persönlichen Situation wenig verändert hat, er schiebt jedoch sofort nach, dass Armutsbetroffene „... die Massnahmen zur Bekämpfung von Armut aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen (beurteilen würden).“ <sup>5</sup>

*Luzian Ochsner*

- 1 <http://www.bsv.admin.ch/themen/gesellschaft/00074/01973/index.html?lang=de>.
- 2 Vgl.: [http://www.travailsuisse.ch/themen/familie/familie\\_und\\_arbeit?page=3](http://www.travailsuisse.ch/themen/familie/familie_und_arbeit?page=3)
- 3 SECO, Publikation zur Arbeitsmarktpolitik, No. 28/7.2009
- 4 <http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/zahlen/armee/wea.html> und <http://www.astra.admin.ch/dokumentation/00109/00113/index.html?lang=de>
- 5 <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/28688.pdf>

## Teillohn, soziale Notwendigkeit oder moderne Sklaverei?

Ich habe mir lange überlegt, wie ich es schaffe, objektiv über etwas zu berichten, das mir zutiefst verhasst ist. Dann kam mir die Idee, dass es nicht Objektivität ist, die ich einhalten muss, sondern grosse Ehrlichkeit. Als ich von meinem Sozialberater mitgeteilt bekam, was ich für meine Arbeitsleistung erhalten würde, war ich äusserst entsetzt, und als ich dann auch noch erfahren musste, dass eine Weigerung meinerseits mich 15% des Monatsgeldes kosten würde, begann ich mich zu fragen, ob ich über Nacht in eine Diktatur katalpultiert wurde. Ich versuchte jedoch das Beste aus der Situation zu machen und ging mit grossem Elan an diese Arbeitsstelle heran. Schliesslich wurde mir ja erklärt, dass dies eine Art Vorbereitung auf den freien Arbeitsmarkt sei und das Ziel darin bestünde, mich schnellstmöglich wieder in den normalen Arbeitsmarkt zu integrieren. Doch schon nach einer Woche wurde mir klar, wie wenig wirklich auf dieses Ziel ausgerichtet war und wie gering, wenn überhaupt vorhanden, die Motivation der einzelnen Angestellten war. Ich hasse es jedoch, mich zu langweilen, also nahm ich mir vor, meine Arbeit ebenso motiviert anzugehen, wie ich es als selbstständig erwerbender Gärtner während mehrerer Jahre getan habe und wurde insofern für meinen Einsatz belohnt, als ich seither sehr selbstständig, intelligent und abwechslungsreich arbeiten kann.

Allerdings muss ich auch sagen, dass in meiner Firma rund von 50 Teillöh-

nern 48 tagaus tagein wirklich nichts anderes machen, als zum Beispiel Holzspielzeug abzuschleifen oder Handyschutzhüllen zu nähen. Wie nicht anders zu erwarten, geht mit solch eintönigen Arbeiten meist sehr schnell der letzte Rest von Motivation verloren. Als ich dann noch erfuhr, dass mein Sozialamt dafür, dass ich dort arbeiten „darf“ Fr. 2700.- im Monat bezahlen muss, ging mir der Glaube an unsere so genannte Freiheit verloren. Ich empfinde es als Schande, dem Steuerzahler zu erzählen, dass man sparen muss und die Sozialbezüger deshalb arbeiten schickt und gleichzeitig darüber schweigt, dass diese Programme die Kosten pro Sozialbezüger beinahe verdoppeln. Denn zu diesen Fr. 2700.- kommen noch die Kosten für Krankenkasse und die Wohnung usw. In meinem Fall kommen beispielsweise rund Fr. 1100.- dazu, was unter dem Strich bedeutet, dass ich den Staat Monat für Monat Fr. 3700.- koste, während der Arbeitgeber an mir doppelt verdient: Einerseits durch die Subvention, andererseits durch meine Arbeit. Bezüglich Reintegration auf dem ersten Arbeitsmarkt: Es dauerte bei mir zwei Jahre, bis ich nur schon ein erstes Gespräch hatte, das aber kein tatsächliches Vermittlungsgespräch war. Dies verstehe ich auch, denn ich bringe meinem Arbeitgeber mehr Gewinn, wenn ich möglichst lange für ihn arbeite und Subventionsbeträge generiere. Ich finde es ok, wenn man kurz vor der Pensionierung stehenden Menschen diese Jobs gibt, damit man ihnen das

Gefühl vermittelt, noch nützlich zu sein, aber wenn man Leute wie mich über Jahre hinweg in Teillohnfirmen arbeiten lässt, um einigen Mächtigensozialdenkenden die Taschen zu füllen, sind wir meines Erachtens nicht mehr weit von der Sklaverei entfernt.

Abschliessend möchte ich noch auf den „Lohn“ zu sprechen kommen. Ich arbeite 70% und erhalte dafür einen Freibetrag von Fr. 350.-, das kommt zum Monatsminimum von Fr. 760.-, weil ich in einer WG wohne, was für Leben, Billett und Kleidung Fr. 1110.- ergibt. Ich liste dies so genau auf, um aufzuzeigen, dass ich damit alle anfallenden Kosten decken muss, also auch Arbeitskleidung. Diese Tatsache führt unter dem Strich dazu, dass ich entweder keine Arbeitskleidung einkaufe oder aber weniger Geld zur Verfügung habe, als wenn ich nicht arbeiten würde. Wie jeder im Handwerk tätige Arbeitnehmer weiss, Arbeitskleidung, welche auch den SUVA-Normen entspricht, ist zu den Preisen, die das Amt für Kleidung kalkuliert, nämlich Fr. 70.-, nicht zu erwerben.

Den logischerweise höheren Bedarf an Nahrung habe ich gar noch nicht einkalkuliert, denn dann wäre die Diskrepanz noch grösser! Bedenkt man all das, dann ist eigentlich keine andere Schlussfolgerung angemessen, als zu sagen, dies ist Sklaverei.

*René Ziörjen*

### **Authentischer Bericht einer IV-Rentnerin zur sechsten IV-Revision**

**Die Verzweiflung und Existenzangst von mehrfach und schwer kranken Menschen ist gross. Plötzlich wurde ihr die volle IV-Rente ganz gestrichen; wo bleibt die Menschenwürde?**

#### **Ich darf mich nicht aufregen! Die ganze IV ist weg! Ich bringe mich um!**

Als Saisonier kam ich in die Schweiz und arbeitete hart, bis es nicht mehr ging. Seit 1998 habe ich eine volle IV-Rente, weil ich eine Diskushernie habe und nichts mehr spürte in den Beinen und in den Händen. 2007 kollabierte ich immer wieder: Ich habe Arterienausweitungen im Hirn und wurde zwei Mal am Hirn operiert. Danach kam ich wegen Panikattacken und Selbstmordabsichten in die psych. Klinik. Entschuldigen Sie, dass ich weine. Ich kann nicht mehr! Seit dem 1. September ist meine volle IV-Rente weg. Meine ganze Existenz ist weg! Ich darf mich nicht aufregen, damit die kleinen Arterien im Hirn nicht platzen. So kann ich nicht mehr leben! Wo ist die Gerechtigkeit? Was für ein Land ist die Schweiz? Ich bin so krank und die ganze IV-Rente ist weg!

Den Rekurs habe ich organisiert, aber wie soll ich die Miete bezahlen, die Krankenkasse? Wie sollen meine Tochter und ich essen? Es dauert lange am Sozialversicherungsgericht. Was soll ich tun? Ich möchte nur noch sterben!

Auf dem Sozialamt wollen sie immer noch mehr Papiere! Ich habe doch auch ein Privatleben! Die Deutsche auf dem Amt ist so entsetzlich, sie sagte, ich soll zurück nach Serbien. Ich bin doch Schweizerin und habe seit dreissig Jahren immer hier gelebt! Soll sie doch nach Deutschland zurück! In welcher Zeit leben wir? Wo ist die Gerechtigkeit? Ich kann so nicht mehr leben – ich bringe mich um!



## Invalidenversicherung: Leistungsabbau ohne Ende

**Nachdem mit der sogenannten IVG-Revision 6a ein erheblicher Teil der psychisch kranken Menschen ihren Anspruch auf eine Invalidenrente verloren haben, drohen nun mit Revision 6b weitere Leistungskürzungen: Mit dem stufenlosen Rentensystem werden den meisten IV-Bezügern die Renten gekürzt werden. Und eine ganze IV-Rente gibt es erst ab einem IV-Grad von 80%.**

Die Invalidenversicherung ist auf Sparkurs: Bereits mit der fünften, und nun auch mit der aktuellen sechsten IVG-Revision werden die Leistungen für invalide Menschen massiv abgebaut. Mit den letzten drei IV-Revisionen hat das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV bereits 700 Millionen Franken pro Jahr eingespart, Tendenz steigend. Die Invalidenversicherung weist bereits heute eine ausgeglichene Rechnung auf. Leidtragende des Sparkurses sind vor allem psychisch Kranke mit sogenannten „überwindbaren Krankheiten“ wie Schleudertrauma oder Schmerzpatienten. Sie wurden im grossen Stil von der IV in die Sozialhilfe abgeschoben.

Obwohl das „Ziel“ bereits erfüllt ist, kommt das Parlament nicht vom Sparen ab, sondern plant bereits mit der

sogenannten IVG-Revision 6b die nächsten Leistungskürzungen. Geplant ist ein sogenanntes stufenloses Rentensystem. Heute haben wir ja ein starres Rentensystem, was bedeutet, dass je nach Invaliditätsgrad entweder eine Viertels-, eine halbe, eine Dreiviertels- oder eine ganze Invalidenrente zugesprochen wird. Mit dem neuen System würde beispielsweise eine invalide Person mit einem IV-Grad von 66% eine Rente erhalten, die exakt 66% einer ganzen Rente entspricht. Oder jemand mit einem IV-Grad von 71% würde dann genau 71% einer ganzen Rente erhalten, während er heute eine ganze Rente erhält. Erst ab einem IV-Grad von über 80% soll auch in Zukunft weiterhin eine ganze Invalidenrente ausbezahlt werden.

Dieses stufenlose Rentensystem stellt nicht nur einen erheblichen Leistungsabbau dar (die meisten IV-Rentner werden eine deutlich tiefere IV-Rente erhalten als bisher), sondern sie ist auch absolut unpraktikabel. Es wird dazu führen, dass sich auch nur schon eine geringe Veränderung des Invaliditätsgrades bereits in der Höhe der Rente frankenmässig auswirkt. Zugespitzt gesagt muss die Rente bereits neu berechnet werden, wenn sich der IV-Grad der be-

treffenden Person nur um 1% ändert, und auch die Ergänzungsleistungen müssen dann entsprechend angepasst werden. Dies wird zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand führen. Es ist auch damit zu rechnen, dass es zu mehr Rechtsstreitigkeiten kommen wird, weil sich für die Versicherten der Kampf um jedes Prozent lohnen wird.

Nachdem die Invalidenversicherung mit der IVG-Revision 6a und der damit verbundenen viel schärfer gewordenen Rentenzusprachepraxis bereits die nötigen Einsparungen hat vornehmen können, gibt es keinen dringenden Handlungsbedarf für den aktuellen Sparkurs. Wenigstens wurde die geplante Kürzung der Kinderrenten wieder rückgängig gemacht.

Es ist damit zu rechnen, dass auch diese neue Kürzungsvorlage vor das Volk kommen wird. Allerdings sind die bisherigen IV-Sparvorlagen vom Volk alle gutgeheissen worden. Invalidenrentner haben halt noch immer das Image von Sozialschmarotzern und geniessen in der breiten Bevölkerung – wie auch die Sozialhilfeempfänger – nur wenig Sympathien.

*Pierre Heusser*

### Neue Beratungsstelle für Sozialhilferecht

Seit Januar 2013 besteht die neue Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS, die mit Hilfe der IG Sozialhilfe ins Leben gerufen werden konnte. Die UFS berät Armutsbetroffene kostenlos bei Fragen zur Sozialhilfe. Bei Bedarf unterstützt sie weitergehende Fälle juristisch.

Die Sozialhilfe ist in der Schweiz die letzte gesellschaftliche Unterstützung, die Einzelpersonen zu erwarten haben. Die Behörden haben die Möglichkeit, selbst diese minimalen Beträge in bestimmten Fällen zu kürzen oder ganz einzustellen. Den Betroffenen drohen dann Wohnungskündigung und Krankenversicherungsverlust. Das Sozialhilferecht ist sehr komplex und von Gemeinde zu Gemeinde verschieden, was es für die Betroffenen schwierig macht, die eigenen Rechte zu kennen und zu verteidigen. Von staatlicher Seite aus ist für solche Fälle keine Beratungstätigkeit vorgesehen, deshalb erhält die UFS keine staatliche Förderung und öffentliche Gelder für ihre Funktion. Deshalb ist die UFS auf private Unterstützung angewiesen.

Weitere Informationen:

Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht UFS  
Pflanzschulstrasse 56  
8004 Zürich  
Tel./Fax: 043 540 50 41  
info@sozialhilfeberatung.ch  
www.sozialhilfeberatung.ch  
PC-Konto: 60-73033-5

## Soziale Probleme sind politisch, Soziale Arbeit ist es auch!

**Die Soziale Arbeit ist nicht unpolitisch, sie ist im Gegenteil ausgesprochen politisch. Aktuell aber wird sie nicht nur in die Defensive gedrängt, sondern im hegemonialen Anspruch des Neoliberalismus von rechts eingenommen. Das zeigt sich nicht nur an den immer schärfer werdenden Bedingungen für die Armutsbetroffenen. Auch für Kritik von Sozialarbeitenden scheint heute der Raum eng zu werden. Die Kriso ist ein Versuch, daraus auszubrechen.**

Das Forum für kritische Soziale Arbeit organisierte im Dezember 2012 eine Veranstaltung, in welcher die Frage nach der (Re-) Politisierung der Sozialen Arbeit aufgeworfen wurde. Dies ist kein Zufall sondern geschieht in einer Zeit, in der die Wirtschaftskrise auch in der Schweiz für immer mehr Menschen spürbar wird. Sei es am Arbeitsplatz durch Verschärfungen der Arbeitsbedingungen und Lohndruck oder auf dem Sozialamt, wo sich die Ideologie des Workfare zunehmend durchsetzt. Auch Sozialarbeitende selber sind betroffen: Weil dem Staat das Geld fehlt, sind verschiedene Projekte in Gefahr. Diese werden etwa ausgelagert an Private oder sie können die Leistungen nicht mehr auf die gleiche Art und Weise erbringen wie das bisher der Fall war. Gespart wird zuerst an jenen Projekten, deren Teilnahme freiwillig ist, etwa an der Soziokulturellen Animation.

In der Krise der kapitalistischen Produktionsweise ist unter dem objektivem Gesichtspunkt eine Soziale Arbeit gefragt, welche einerseits möglichst kostengünstig erbracht werden kann und dem Staat wenig Aufwand beschert. Andererseits soll diese Soziale Arbeit dafür besorgt sein, dass der Druck auf Armutsbetroffene erhöht wird. Manchmal gut gemeinte sogenannte Arbeitsintegrationsprogramme schaffen einen neuen Niedriglohnsektor und senken damit landesweit das allgemeine Lohnniveau. Die Wirkung davon liegt ganz im Interesse der kapitalistischen Krisenbewältigung, also der steigenden Profitraten für die Unternehmen.

### Eine Frage der Politisierung von links...

Was dadurch deutlich wird: Die Krise trifft alle, sowohl Armutsbetroffene wie auch Sozialarbeitende, wenn auch in deutlich unterschiedlichem Umfang: Geht es bei den Sozialarbeitenden in der Regel um das Vermeiden des sozialen Abstiegs, steht bei Armutsbetroffenen grundsätzlich die Existenz auf dem Spiel wenn der Staat vom Sparen spricht. Es gilt also die Frage aufzuwerfen, wie man sich gegen die Auswirkungen von Sparübungen und Sozialabbau wehren kann. Diese Frage zu beantworten ist hingegen eine wahre Herausforderung: Sozialarbeitende sind traditionell (gewerkschaftlich) schlecht organisiert, Armutsbetroffene in der Regel strukturell bedingt noch schlechter. Dennoch ist es an der Zeit, die gemeinsamen Interessen zu erkennen und sich gegen Sparmassnahmen zur Wehr zu setzen. Unter gegebenen Umständen ist dies sehr schwierig. Viele Sozialarbeitende verstehen sich als Einzelkämpfende, welche zwar gelegentlich den Anspruch erheben, sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken, selber jedoch wenig kollektive Erfahrungen mitbringen. Die Ideologie des Neoliberalismus durchdringt wie erwähnt auch die Soziale Arbeit selber, so werden soziale Probleme für gewöhnlich individualisiert und bei den Einzelpersonen wird nach Defiziten und Ressourcen gesucht. Darin zeigt sich unverkennbar eine Politisierung der Sozialen Arbeit von rechts, was im Allgemeinen als „unpolitisch“ verklärt wird. Eine andere Sichtweise ist trotz politisch linkem Anspruch der Sozialen Arbeit in der Vergangenheit selten denkbar. Eine Politisierung von links und eine politische Reflexion der Sozialen Arbeit tut Not und geschieht viel zu wenig, selten an den Fachhochschulen und noch weniger etwa auf den Ämtern.

### ...und der eigenen Organisation

Auch die Kriso hat kein Patentrezept, wie dem rauen Wind im Sozialwesen zu begegnen ist. Wir meinen aber, dass wir uns organisieren müssen um in den

Austausch zu treten. Dies mit dem Ziel, Perspektiven aus der aktuellen Situation heraus zu entwickeln. Im Kollektiv ist eine Kraft zu entfalten, welche einzeln nicht erreicht werden kann. Beispiele dafür sind durchaus zu finden: Sei es im klassischen Arbeitskampf des Personals der Stiftung Nathalie in Boll oder im Fall von Fabienne Brutus in Frankreich, welche sich weigerte die Armutsbetroffenen weiterhin zu schikanieren und damit eine grosse Welle der Solidarität auslösen konnte. Diese Kollektivität ist der Grund, weshalb wir uns vor drei Jahren gegründet haben.

Zahlreiche Beispiele von europäischen Ländern zeigen aber nicht nur Krisen und Elend, sondern auch vielfältige Formen des Widerstandes und der Selbstorganisation, welche je nach konkreter politischer und sozialer Frage ihre Wirkung entfalten konnten. Das macht auch uns Mut. Welche Perspektiven etwa die Sozialarbeitenden oder die Armutsbetroffenen in der Schweiz entwickeln können, hängt vom weiteren Verlauf der Krise einerseits und der eigenen subjektiven Bereitschaft und den Möglichkeiten zusammen, an der Situation ernsthaft etwas zu verändern.  
*Arbeitsgruppe Soziale Kämpfe /Forum für kritische Soziale Arbeit:*  
[www.kriso.ch](http://www.kriso.ch)

Dokumentation der Winterveranstaltung 2010 der IG Sozialhilfe: *Armut als Folge von sexueller Ausbeutung*: Mit sämtlichen Referaten, Dokumentationen im Anhang von der Arbeit der IG Sozialhilfe zu diesem Thema und der DVD vom Theater, *Verdammt zu leben*, von Branka Goldstein, gespielt von den Schauspielern Christoph Heusser und Christa Petracchi. Fr. 28.- zu bestellen bei:

IG Sozialhilfe, Postfach, Postfach 1566, 8032 Zürich  
[ig-sozialhilfe@gmx.ch](mailto:ig-sozialhilfe@gmx.ch)

# Unrecht wird nicht durch das Verdrängen oder Verschweigen bewältigt

Verdingkinder sind uns aus schriftlichen Zeugnissen seit dem Mittelalter aus ganz Europa bekannt. Noch bis 1970 dienten eigene Gärten für die Selbstversorgung vieler Familien. Aber die kinderreichen Familien, welche die Geburtenkontrolle nicht kannten oder sie von der Kirche verboten bekamen, vermochten oft nicht alle hungrigen Mäuler zu ernähren. Durch Seuchen, Krankheiten und Hungersnöte gab es Waisen oder Halbweisen, welche die Behörden in Heime steckten oder bei Bauern als Arbeitskräfte verdingten. Ebenso bewirkte der Tod eines Elternteils, dass man die Restfamilie von Amtes wegen auseinanderriss. Statt zu helfen, stiess man diese armen Geschöpfe in ein noch tieferes Elend. Es gab erst im 19. Jahrhundert einzelne Journalisten und Autoren, welche diese Thematik in Werken aufgriffen. Aber in der Presse fand die Kritik erst im 20. Jahrhundert Gehör. Der Verein Netzwerk-Verdingt hat aus mehreren hundert Biografien und vielen Büchern seiner Fachbibliothek im Schwarzbuch mit dem Titel „Die Elendverstärker“ die Merkmale dieses grausamen Geschehens publiziert. Hier ein Einblick in geraffter Form.

## 1 Armenpolitik und Diskriminierung

Arme galten als Unkraut der Gesellschaft, als soziales Übel und Ärgernis. Sie bekamen als Tagelöhner oder Handwerker wenig, nur untergeordnete und schlecht bezahlte Arbeit. Sie vegetierten in miserablen Hütten oder Wohnungen und waren meist auch verschuldet. Seit dem 17. Jahrhundert wurden sie deshalb des Müssiggangs und der Bettlei wegen verhöhnt eingesperrt und misshandelt. Behörden, die Vormünder und die Zivilgesellschaft folgten einer rigiden fixen Idee, die sich auf Zwang, harte Arbeit, Zucht und Einschüchterung beschränkte. Alternativen, die besser geeignet gewesen wären, ihr Los zu verbessern, gab es nicht, konnte es nicht geben. In den Augen der besseren Gesellschaft hatten sich Arme ihrem Schicksal zu fügen. Die Instanzen bestimmten willkürlich über Wohl und Weh. Dazu kam das Vormundchaftswesen, mit dem es meist schlecht bestellt war. Das Sprichwort sagt es deutlich: „Wenn der Teufel g'vogtet wär, so käm' er um d'Höll!“.

## 2 Sozialterror

Einzelne böse Pflegeeltern waren nicht böse aus Rache, sondern böse aus Lust und Freude daran. Deshalb beginnen sie unglaubliche Gemeinheiten und züchtigen und strafen die Verdingkinder barbarisch. Ihre Opfer waren in einem Teufelskreis von Angst, Schrecken, Schmerz, Schuld und Scham gefangen, aus dem sie nicht entinnen konnten. Auf die Eignung des Ortes, der Pflegeeltern und der Erziehung wurde nicht geschaut. Die Aufsichtspflicht funktionierte kaum und das Kindeswohl blieb auf der Strecke.

## 3 Facetten der Gewalt

Selbst kleinste Verstösse ahndete man unangemessen hart. Manche Kinder erlitten dadurch bleibende Schäden, einige starben an den Folgen der Gewalt. Nur äusserst selten bot jemand diesem Treiben Einhalt. Untersuchungen unterblieben. Geschah einem Kind ein Unfall, so kümmerte sich meistens niemand um die Folgen. Ein Arzt wurde weder gerufen, noch das Kind zu ihm gebracht. Sogenannte Ehrenmänner stellten minderjährigen Mädchen nach, zeugten Kinder und jagten die Geschändete mit Schimpf und Schande aus dem Dorf. Auch Knaben wurden missbraucht.

## 4 Bandbreite des Elends

In manchen Geschwisterreihen von Fremdplatzierten gibt es einzelne Brüder oder Schwestern, die ob all dem Elend in ihrer Verzweiflung Selbstmord begingen. Mit wenigen Ausnahmen gab es nach Strafen, Prügel, Essensentzug, Kälte, Entbehrung, Demütigung, Schocks und traumatischen Erlebnissen niemand, der dem Verdingkind Verständnis, Trost, Hilfe oder Wärme vermittelte. Fast ausnahmslos erzählen ehemalige Heim- und Verdingkinder von der öffentlichen und halböffentlichen Blossstellung wegen ihrer Bettnässerei. Die tägliche sich wiederholende Gewalt, Demütigung und Ausbeutung waren eine Art Hölle auf Erden. Lieber malten Pfarrer den Teufel an die Wand, statt wirklich Seelsorge zu betreiben.

## 5 Machtmissbrauch

Das aus der Geschichte überlieferte Gewaltmonopol des Staates bedingte, dass über Jahrhunderte der kritische, selbstbewusste, eigenständige Bürger in der Zivilgesellschaft schlichtweg nicht gefragt war. Wer nicht Geld und Grundbesitz hatte, war ein Niemand, und das führte in der damaligen Klassengesellschaft zu mannigfaltigen Missbräuchen. Weil es überhaupt keinerlei Kodex für die Vormundschaft gab, war die Fremdplatzierung für die einzelnen Mündel ein obskures Glücksspiel. Bei den Kindern ging man sprichwörtlich und im Alltag über Leichen, sie waren Freiwild. Die meisten litten Hunger, obwohl sie bis zum Umfallen schufteten mussten. Die übelste Verhöhnung und Verbrechen erlebten Zwangssterilisierte und Zwangskastrierte. Entwürdigende Untersuchungen, Elektroschocks, dilettantische Diagnosen, Gefälligkeitsgutachten, Drohungen, Administrativjustiz, Verstümmelungen und schwerste Traumatisierungen waren gang und gäbe. Diese äusserst belastenden Prozesse trieben zahlreiche Opfer später in den Suizid.

## 6 Zeitgeist und Menschenbild

Als Verdingkind war man auf der untersten Stufe der sozialen Skala. Eine Null ohne Zukunft. Der soziale Aufstieg wurde verhindert oder war mit vielen Hürden besetzt. Der Schulbesuch hatte hinter der Arbeit zurückzustehen. Nur gerade 37 Prozent der Verdingkinder hatten die Chance, eine Berufslehre machen zu können. Aus heutiger Sicht ist das damalige Menschenbild unvorstellbar rückständig, reaktionär, rassistisch und repressiv. Wenn sich nicht Jeremias Gotthelf 1837 als Schriftsteller und Pfarrer, Carl Albert Loosli 1929 als Journalist und Autor, Paul Senn als Fotograf und Peter Surava als Redaktor in den 1940er Jahren mutig gegen das Unrecht und groteske Rechtsverständnis gewehrt und es auch publik gemacht hätten, wäre die Schweiz kaum weitergekommen. Diese streitbaren Geister waren es, welche das Armenrecht als Armenunrecht entlarvten.

## 7 Willkürregime

Geschenke und Geld von den „Pflegeel-

tern“ wurden grundlos konfisziert. Sparhefte spätestens mit der Entlassung aus der Vormundschaft vom Staat behändigt und als Kostenabgeltung verrechnet. Jugendlichen wurde sogar der Lehrlingslohn vorenthalten. Teilweise haben sich Vormünder das Vermögen der Verdingkinder persönlich unter den Nagel gerissen. Von Behördenseite war der Kontakt zwischen den Kindern und den leiblichen Eltern verpönt. Briefpost wurde geöffnet, die Informationen teilweise unterschlagen, zensuriert oder verfälscht. Vor allem in den 1960er Jahren wurden minderjährige Mütter in die Frauenhaftanstalt Hindelbank administrativ versorgt. Statt in ein Heim kamen sie ins Gefängnis. Das Kind nahm man ihnen weg und versuchte, sie zur Adoptionsfreigabe zu bewegen. Sie mussten zusammen mit rechtskräftig verurteilten Straftäterinnen im Knast leben und dort unbezahlte Zwangsarbeit leisten. Ihre Eltern aber wurden für angebliche Kosten belangt. Diese Praxis gab die Schweiz erst Ende 1981 auf Druck von Strassburg auf.

## 8 Disziplinierung

Die Verdingkinder waren als billigste Knechte und Mägde in der rückständigen Landwirtschaft höchst willkommen. Und es galt die Maxime, man müsse die Kinder möglichst hart anfassen, sonst kämen sie auf die schiefe Bahn. Dass sie durch Überforderung, Ausbeutung, Gewalt, physische und psychische Unterernährung und mangelnde Bildung auch später als Erwachsene auf der Strecke blieben, war die logische Folge. Manche überlieferte Einzelschicksale zeugen sogar von böser Sabotage gegenüber allem menschlichen, berechtigten Streben.

## 9 Folter

Schwächung von Körper und Seele durch physische und psychische Gewalt und Auslösung von Schmerzen gelten heute als Folter. Ebenso Abhängigkeit und Demütigung durch willkürliche Regeln, die jede Form von Bestrafung erlauben, welche das Ausgeliefertsein und die Hilflosigkeit verstärken. Weiter massive Einschüchterung durch Angst und Schmerz, Desorientierung, Entzug von Wasser, Nahrung, Schlaf. Deswegen leiden heute viele an posttraumatischen Belastungsstörungen, die sich als psychische und physische Beschwerden äussern.

## 10 Staatsschuld und Wiedergutmachung

Der Bund, die Kantone und Gemeinden haben bis in die 1980er Jahre systematisch weggeschaut. Verbrechen wie Mord, Totschlag, Pädophilie und Vergewaltigung blieben unbehelligt. Wiedergutmachung heisst nicht in erster Linie Entschädigung in Form von Geld aber eben auch. Bei den noch Lebenden würde damit die grausame Kindheit nicht ungeschehen gemacht. Diese finanziellen Mittel sollen in sinnvolle Projekte fliessen und damit auch posthum den im Elend Umgekommenen zugute kommen. Die Möglichkeit und das Geld hat die offizielle Schweiz dazu. Was können wir noch tun? Weil die Kinder im Stich gelassen, körperlich und psychisch schlimmstens geschädigt wurden, steht die Nation in einer riesigen moralischen Schuld. Nicht nur die Peiniger, sondern auch jene, die dazu feige geschwiegen haben oder untätig blieben. Alternativen, die dem Elend und der Armut ein Ende bereitet hätten, blendete man aus. Gespart wurde immer am falschen Ort, und das war ja genau die Wurzel des Übels! Mit dieser unseligen Tradition zu brechen, ist die aktuelle Forderung für eine erspriessliche Zukunft und Bewältigung. Unsere Pflicht ist es, die Geschundenen wieder aufzurichten.

## 11 Forderungen

Der Verein *netzwerk-verdingt* verlangt deshalb neben der offiziellen Entschuldigung durch Bund, und Kantone die wissenschaftlich-historische Aufarbeitung der Sozialgeschichte, den ungehinderten Aktenzugang für Betroffene, einen Härtefallfond, ein Kompetenz- und Dokumentationszentrum, sowie die Untersuchung der Willkür.

## Was wurde in den vergangenen 5 Jahren erreicht?

Es entstanden drei Nationalfond-Forschungsstudien. Seit 2009 war die zweisprachige Wanderausstellung „Verdingkinder reden“, in 8 Kantonen zu sehen. Die ständige Aufmerksamkeit hat durch wiederholte Berichterstattung in den Medien das Bewusstsein verändert. Im Januar 2008 wurde eine Fachbibliothek zum Thema zwangsweise Fremdplatzierung begonnen, die heute über 500 Werke in 5 Sprachen umfasst. Seit 2007 haben sich

5 von 26 Kantonen offiziell entschuldigt. Ab dem Dezember 2008 gibt es die Homepage [www.netzwerk-verdingt.ch](http://www.netzwerk-verdingt.ch) mit einem monatlichen Newsletter. Im April 2012 begann die enge Zusammenarbeit mit vier weiteren Betroffenen Gruppen, welche nun in einer parlamentarischen Arbeitsgruppe ihre Anliegen einbringen können. Erreicht wurde auch die aktive Unterstützung bei der Aktensuche durch den Suchdienst des Schweiz. Roten Kreuzes und dem Beobachter. Im Gang sind auch erste juristische Schritte im Fall von sexuellen Übergriffen, Veruntreuungen durch den Vormund sowie nachrichtenslose Vermögen. Unter Wissenschaftlern und Betroffenen Gruppen im Ausland entstand eine länderübergreifende Zusammenarbeit. 2011 wurden der Spielfilm „Der Verdingbub“ und der Dokumentarfilm „Lisa und Yvonne“ fertiggestellt. Als letzter Erfolg im Herbst 2012 eine eigene Briefmarke.

*Walter Zwahlen,  
Präsident *netzwerk-verdingt**

### **Am 11. April 2013 fand in Bern die Gedenkfeier für ehemalige Verdingkinder und Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen statt: Die offizielle Entschuldigung - ein erster Schritt**

Von den Opfern und das gilt es zu vorauszuschicken, haben sich viele umgebracht. Die noch Lebenden leiden an den schweren Folgen. Die Gedenkfeier bezweckete in Form einer offiziellen Entschuldigung dieses zugefügte Leid anzuerkennen und damit einen ersten Schritt zu tun. Zuerst sprachen fünf Opfer über die an Ihnen begangenen Verbrechen, wie ihre Würde mit Füissen getreten wurde und über die Tragweite des erlittenen Unrechtes für ihr ganzes Leben.

Bundesrätin Sommaruga betonte: „Und das wiederhole ich als Mitglied der Landesregierung: Nichts ist kostbarer als die menschliche Würde.“ Weiter: „Es geht um alle. Denn Wegschauen ist auch eine Handlung.“ Sie schliesst ihre Rede mit: „Für das Leid, das Ihnen angetan wurde, bitte ich Sie im Namen der Landesregierung aufrichtig und von ganzem Herzen um Entschuldigung.“ Grosser Applaus im ganzen Saal. Über 650 Leute, hauptsächlich Betroffene, nahmen an der Gedenkfeier teil.

*Branka Goldstein*

## Das Kafi Klick ist wieder ein Bereich der IG Sozialhilfe

Am 17. Oktober 2009, am *Internationalen Tag gegen Armut und Ausgrenzung*, öffnete die IG Sozialhilfe das Kafi Klick. Es ermöglicht armutsbetroffenen Menschen aus der Region Zürich kostenlosen Zugang zum Internet, bietet technische Hilfe im Umgang mit Computern und unterstützt die BesucherInnen sprachlich beim Verfassen ihrer Korrespondenz.

Bereits nach einem Jahr des Aufbaus und der Konsolidierung konnte das Kafi Klick 2010 als eigenständiger Verein organisiert werden. Im Winter 2011 trat der Verein Kafi Klick mit der Frage an uns heran, ob wir das Kafi Klick wieder übernehmen wollten, denn die finanzielle Situation des Vereins erlaubte ihnen nicht, das Kafi Klick weiter zu betreiben. Nach diversen Gesprächen beschloss die IG Sozialhilfe, das Kafi Klick per 1. Juli 2012 wieder als Bereich der IG Sozialhilfe zu betreiben. Durch die mehrjährige Präsenz und die damit verbundene Kontinuität ist das Kafi Klick zu einer wichtigen Anlaufstelle für viele Armutsbetroffene geworden. Darum beschloss die IG Sozialhilfe, das finanzielle Risiko einzugehen.

Seit der Wiedereröffnung im August durch die IG Sozialhilfe wurde der Treffpunkt weiter ausgebaut. Zusätzlich zu den Unterstützungsleistungen im Internetbereich gewann der Treffpunktcharakter des Kafi Klick in den vergangenen Monaten zunehmend an Wichtigkeit. Da das Leben in Armut für viele betroffene Personen einen Alltag in sozialer Isolation zur Folge hat, kommen niedrighschwellig Anlaufstellen, wie dem Kafi Klick, eine besondere Relevanz zu. Es werden nur sehr geringe Anforderungen an die BesucherInnen gestellt, sodass sie ohne Leistungs-

druck die Gesellschaft anderer Menschen geniessen und sich über Probleme, Schwierigkeiten und Perspektiven austauschen können. Gerade in den kalten Wintermonaten wird das Kafi Klick ein Treffpunkt, der sehr gerne und rege besucht wird. Erfreulicherweise wird die Hausordnung, insbesondere der gegenseitige Respekt, sehr gut eingehalten. Im Kafi Klick wird durch niedrigschwellige Beratung Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. Wir ermöglichen armutsbetroffenen Menschen kostenlosen Zugang zum Internet und realisieren so die Verwirklichung des Menschenrechts auf Information. Einen Computer mit Internetzugang zur Verfügung zu stellen reicht jedoch nicht aus. Die BesucherInnen des Internetkafis kommen oft aus bildungsfernen Schichten. Nur durch individuelle Schulung können die digitalen Medien auch von Computer-AnfängerInnen genutzt werden. Wer noch nie einen Brief auf dem Computer geschrieben hat, muss erst mit der Handhabung der Maus und der Tastatur vertraut werden. Die MitarbeiterInnen des Kafi Klick setzen sich bei Bedarf zu den BesucherInnen an den Arbeitsplatz, um sie zu unterstützen und ihnen einen angemessenen Umgang mit dem Medium Internet, Textverarbeitung etc. näher zu bringen.

Speziell im letzten halben Jahr hat sich gezeigt, dass die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Umland, insbesondere in Südeuropa, auch eine frappante Auswirkungen auf das Kafi Klick haben. Da die Stadt Zürich ihre Hilfsangebote praktisch ausschliesslich auf Personen mit einem stadtzürcherischen Wohnsitz ausrichtet, spüren private Initiativen, wie das Kafi Klick, die Zunahme von armutsbetroffenen MigrantInnen besonders stark.

Für diese Menschen, wie jedoch auch für die vielen Einheimischen, ist ein Treffpunkt wie das Kafi Klick von grosser Notwendigkeit, da durch Hilfe zur Selbsthilfe im Bereich Computer und Internet Hand geboten wird, um beispielsweise eine Wohnung oder eine Arbeitsstelle zu finden. Obwohl die Beratungen in Bezug auf Sozialversicherungen, den Umgang mit Ämtern usw. klein gehalten werden, können die BeraterInnen den Betroffenen immer wieder mit scheinbar geringem Aufwand und ein paar Tipps grosse Unterstützung bieten. Denn oft reicht bereits ein Telefonat oder die Übersetzung eines Formulars, um einen wertvollen Schritt weiterzuhelfen.

Seit seiner Eröffnung wird das Kafi Klick von Menschen mit unterschiedlichsten Nationalitäten besucht. Ob schon die Verständigung unter den BesucherInnen dadurch sprachlich teilweise kompliziert ist und manchmal mit Händen und Füssen bewerkstelligt wird, herrscht gerade durch die breite Durchmischung in Bezug auf Alter und Herkunft ein angenehmes und sehr tolerantes Klima unter den BesucherInnen: Das Kafi Klick ist ein Ort, wo Integration und Toleranz direkt gelebt werden. Nicht wenige der StammbenutzerInnen besuchen das Kafi Klick seit seiner Eröffnung, auch wenn sie ursprünglich lediglich eine E-Mail-Adresse erstellen oder einen Brief schreiben wollten.

Unseren grossen Dank gilt den freiwilligen MitarbeiterInnen: Ohne ihren regelmässigen Einsatz und pflichtbewusste Arbeit, wäre es der IG Sozialhilfe nicht möglich gewesen, das Kafi Klick in der zweiten Hälfte 2012 so erfolgreich zu führen!

*vom Kafi Klick-Team*

### **KAFI KLICK**

Müllerstrasse 56

8004 Zürich

Tel: 043 243 98 38

[info@kafiklick.ch](mailto:info@kafiklick.ch), [www.kafiklick.ch](http://www.kafiklick.ch)

### **Öffnungszeiten:**

Mo: 14:00 – 18:30

Di: 14:00 – 18:30

Mi: 14:00 – 18:30

## Unterwegs für die IG Sozialhilfe

**Meine Tätigkeit bei der IG Sozialhilfe kann im weitesten Sinne als aufsuchende Sozialarbeit bezeichnet werden. Bei der IG nennen wir die aufsuchende Sozialarbeit Langzeitbetreuung.**

Zeit ist bei der IG ein zentraler Faktor. Betreuung braucht Beziehung und der Beziehungsaufbau braucht Zeit. Interesse für die Probleme der Armutsbetroffenen und Solidarität kommen hinzu und bilden einen Teil der Motivation für das Engagement bei der IG.

### Betreuung

Betreuung heisst bei der IG dorthin zu gehen, wo unsere Leute sind und hinzugehen bedeutet Zeit. Regelmässig und meist über Jahre betreuen wir diejenigen, die unsere Betreuung in Anspruch nehmen. Über eine lange Zeit wird eine Vertrautheit aufgebaut. Die Menschen erzählen uns unglaubliche Geschichten aus ihrem Leben. Geschichten, die uns zeigen, wie wichtig es ist, Menschen über lange Zeit zu begleiten. Geschichten, die so schwer auf Manchen lasten, dass gewisse seelische Wunden nie heilen. Zeit heilt diese Wunden nicht, sie hilft bestenfalls Strategien zum Überleben zu entwickeln oder sich nach einem Rückfall wieder aufzurappeln. Während dieser schweren Zeiten ist die IG da und unterstützt, baut auf, lässt los und steht wieder bereit, wenn die Erinnerungen von neuem auftauchen. Unterstützung bieten wir im Alltag. Wir sind gemeinsam unterwegs, kochen, schreiben Bewerbungen und Gesuche. Wir bringen Medikamente. Wir führen gemeinsam Veranstaltungen durch und orientieren uns an den Bedürfnissen der Menschen, insbesondere auch ausserhalb der gängigen Bürozeiten. Wir sind dann verfügbar, wenn es nötig ist. Dies ist eine Eigenart der Betreuungsarbeit und charakterisiert für mich das Engagement und Anliegen der IG Sozialhilfe. Probleme sind nicht nur von 8.30 bis 17.00 Uhr da. Insbesondere nachts verschwinden sie nur ungern.

Meine Tätigkeit ist eine zeitlich angepasste Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu der jede und jeder seinen Teil und

seinen möglichen Anteil an Zeit beiträgt; abends, samstags und sonntags.

### Motorrad

Wir treffen uns am Bahnhof. Die Wiedersehensfreude ist gross. Es gibt viel zu erzählen. Wir gehen entlang einer verkehrsreichen Strasse. Unsere Diskussion übertönt die Motorengeräusche der vorbeifahrenden Autos. Das Gehen unterstützt uns beim Reden. Einer der Söhne muss operiert werden. Die Sorge darüber ist gross. Diese Sorge nehme ich ernst und verzichte auf Ratschläge. Der Linienbus fährt an uns vorbei. Wir gehen die beiden Stationen zu Fuss. Der Alltag läuft gut. Zu Hause, bei Schnellkaffee und Cake sortieren wir Unterlagen, schreiben die notwendigen Briefe und freuen uns über den Frühling, der endlich kommt. Der Schein trägt. Das Leben ist verdammt hart. Meine Betroffenheit ist gross. Arm ist, wer nicht am Alltag teilnehmen kann. Kaffee trinken in einem Restaurant? Viel zu teuer! Sich davon nicht deprimieren zu lassen, ist an manchen Tagen eine hohe Kunst. Der ältere Sohn möchte gerne die Töffliprüfung machen. Sehr motiviert will er sich einen Nebenjob suchen. Er kann Rasen mähen und schaut sich nach weiteren kleineren Arbeiten um. Er weiss, dass kein Geld für die Theorieprüfung vorhanden ist. Er geht das Problem praktisch an und will sich das Geld selber verdienen. Während er mir von seinem Wunsch erzählt, gerät er ins Stokken. Er fragt mich: „Corinne, wird uns dann das Geld, welches ich verdiene, von der Sozialhilfe abgezogen? Wenn ja, kann ich die Töffliprüfung überhaupt machen?“ Er hat Recht, wenn er sich diese Frage stellt, seine Überlegung kann ich nachvollziehen. Er weiss, dass alle Einkünfte den Sozialen Diensten gemeldet werden müssen. Seine Frage ist daher berechtigt.

### Möbel

Die Möbel aus der Praxis stehen für uns bereit. Der Fachpraktiker möchte uns die Möbel überlassen. Mehrmals habe ich mit ihm telefoniert. Nun bin ich vor Ort, um mir die Möbel anzusehen. Ich stelle fest, dass diese in einem guten

Zustand sind. Die helle Einrichtung passt gut in diese Praxis. Der Raum ist gross und lichtdurchflutet. Ich denke an die kleinen Wohnungen unserer IG-Leute und überlege mir, wer eine genügend grosse Wohnung für diese Möbel hätte. Mir fällt spontan niemand ein.

### Zeitung

Zum vierten Mal werde ich ab dem 1. Mai diese Zeitung verkaufen. Es erfüllt mich mit Stolz, wenn ich weiss, wie viele Zeitungen letztes Jahr von Armutsbetroffenen selbst für die IG verkauft worden sind. Die Anzahl meiner verkauften Zeitungen ist dagegen verschwindend klein. Ich ziehe den Hut vor unseren VerkäuferInnen! Am Tag der Arbeit beginnen wir selbst früh morgens. Ich reise an meinen ersten Standort und kämpfe mich in verschiedenen Städten von Veranstaltung zu Veranstaltung.

Am 1. Mai sind viele Menschen solidarisch mit den Armutsbetroffenen. Sie sind interessiert und kritisch und oftmals bereit, eine Zeitung zu kaufen. So keimt die Hoffnung auf Unterstützung für die Umsetzung der Menschenrechte jedes Jahr aufs Neue. Seit Jahren setzen wir uns für einklagbare soziale Rechte ein. Dies sind jene Rechte welche in unserer Bundesverfassung im 3. Kapitel unter Artikel 41 Sozialziele genannt werden, aber keine Rechte sind, weil sie nicht einklagbar sind. Es lohnt sich, diese immer wieder nachzulesen unter: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/a41.html>

*Erfahrungsbericht von  
Corinne Eugster*

#### **ZeitungsverkäuferInnen gesucht:**

Unsere IG-Zeitung kann zum Preis von Fr. 2.50 bezogen werden und wird zu Fr. 5.- verkauft.

Bitte meldet Euch bei:  
IG Sozialhilfe  
Postfach 1566  
8032 Zürich  
ig-sozialhilfe@gmx.ch  
Tel. 079/ 343 66 43

## Interview: Frau E., unsere hartnäckige IG-Zeitungsverkäuferin

**Trotz grossen gesundheitlichen Problemen verkauft Frau E. seit vielen Jahren unsere IG-Zeitung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur politischen Öffentlichkeitsarbeit für die IG Sozialhilfe. Wer ist diese Frau, die sich nicht unterkriegen lässt?**

**Wie bist Du zur IG Sozialhilfe gekommen?**

Ich habe meine Arbeit wegen dem Swissair-Grounding verloren, wurde arbeitslos und war schon über 50 Jahre alt. Ein Bekannter, auch ein Arbeitsloser, den ich auf dem RAV kennen lernte, hat mir die IG Sozialhilfe empfohlen. So habe ich Kontakt aufgenommen. Ich habe mich sehr gefreut, dass jemand von der IG Sozialhilfe sich Zeit für mich genommen hat, um mir zuzuhören. So erzählte ich auch von meinen Depressionen, die ich auch schon früher sehr stark hatte. Auch erzählte ich von meinen Kreislaufproblemen, und dass es für mich sehr schwierig sei, eine Arbeit zu finden.

Die IG Sozialhilfe hat mir einen geeigneten Psychiater gefunden, wo ich heute noch, nach ca. zehn Jahren in Behandlung bin. Wegen meinen chronischen Krankheiten und den Depressionen hat er mit dem Hausarzt zusammen geholfen, eine IV-Rente zu beantragen. Seither kann ich Dank der IG Sozialhilfe, die mir zur IV-Rente verhalf, mit der IV überleben.

**Kannst Du unseren LeserInnen sagen, warum Du bereit bist, so einen grossen Einsatz beim IG-Zeitungverkauf zu leisten?**

Ich gehe gerne unter Menschen. In jungen Jahren hatte ich als Reiseleiterin mit vielen Menschen, mit vielen Nationalitäten zu tun. Durch den Verkauf komme ich wieder unter die Leute, so habe ich wieder eine wertvolle Aufgabe: Dies stärkt mein Selbstwertgefühl. Durch den Zeitungverkauf kann ich dazu beitragen, anderen Armutsbetroffenen weiter zu helfen.

„Ich habe Ausdauer bin zielstrebig und sehr geduldig mit den Menschen und

manchmal gelingt es mir, sie zu überzeugen, sodass sie eine Zeitung doch noch kaufen.“ Ich gehe sehr gerne unsere Zeitung verkaufen, weil ich mir wünsche, dass viele Leute diese Zeitung kennen lernen und diese wichtigen Artikel lesen und über die heutige Lage im Sozialwesen gut informiert sind. Der Verkauf ist eine gute Möglichkeit mit Menschen verschiedener Nationalitäten ins Gespräch zu kommen, Leute kennen zu lernen und meine Sprachkenntnisse zu üben. Es ist auch die einzige Möglichkeit für mich, etwas Kleines dazu zu verdienen. Der Verein braucht Einnahmen, um Armutsbetroffenen zu helfen. Ich freue mich, wenn ich den Verein unterstützen kann.

**Wo gehst Du verkaufen?**

Als die Aktivisten noch zahlreich waren, ging ich an den Paradeplatz, an den Stauffacher, da verkaufte ich sehr gut. Aber ich gehe auch an die Uni, in die Rote Fabrik, zum Kongresshaus, an den Helvetiaplatz, ins Volkshaus, zur Bäckereianlage, ins GZ. Am 1. Mai oder anderen grossen politischen Veranstaltungen fahre ich auch nach Basel, Bern, St. Gallen, Winterthur, nach Wädenswil, Baden, Pfäffikon oder Bern; dorthin wo man mich braucht.

**Was machst Du für Erfahrungen?**

Mit den Aktivisten von der „Occupyp-Bewegung“ am Paradeplatz habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht. Jedes Mal wurde ich gerne gesehen, auch sie kämpfen für soziale Gerechtigkeit, sozialen Frieden und Menschenrechte. Sonst sind die Erfahrungen verschieden, es kommt drauf an, mit wem man es zu tun hat. Es gibt sehr nette, intelligente, verständnisvolle Leute, aber auch unfreundliche; sie können sich nicht in unsere Lage hineinversetzen. Aber zum Glück gibt es auch ganz nette Leute, die sich dann aufrichtig interessieren und mich freundlich behandeln.

**Wo gibt es Schwierigkeiten beim Zeitungverkauf?**

Es mag mich sehr, wenn ich weggeschickt werde, ohne dass sie sich dar-

über informieren, worum es eigentlich geht. Es sind doch wichtige Themen in der Zeitung im Interesse von allen. Man kann aus unserer Zeitung viel lernen. Darum versuche ich die Leute zu überzeugen, dass sie mich nicht wegschicken sollen, sondern wenigstens einen Blick in die Zeitung werfen, damit sie besser im Bild sind.

Es gibt aber auch Situationen, wo ich aggressiv vertrieben werde. Einmal im Volkshaus war eine Veranstaltung über Kinder, dies passte ja grad, da wir auf dem Titelblatt ja ein Kind (Zeitung Nr. 17, A. d.Red.) hatten. Prof. Largo hat sofort eine Zeitung gekauft und war sehr nett und höflich. Dann kam einer, ein Deutscher, der packte mich an der Jacke und zog mich bis auf die Strasse hinaus; so brutal hat er mich rausgeschmissen.

Bei der Castagna-Veranstaltung (Beratungsstelle für weibliche Sexualopfer, (A d. Red.) gab es auch furchtbare Probleme: Am Anfang hat die Veranstalterin selber die Zeitung gekauft. Nachher konnte ich einige diskret verkaufen. In letzter Minute vor Beginn kam noch ein Mann. Er wollte mir die Zeitung abkaufen. Dann kam die Organisatorin und schrie mich an, dass es so nicht gehe – und hat dem Mann nicht einmal erlaubt die IG-Zeitung zu kaufen.

**„Es gibt Leute ohne Herz und Seele, die uns nicht verstehen! Niemand weiss, was morgen wird – sie könnten auch noch zu Armutsbetroffenen werden, das Blatt kann sich wenden und dann wären diese Leute froh über die IG Sozialhilfe.“**

**Wie geht es weiter?**

Ich lasse mich nicht unterkriegen und einschüchtern – ich kämpfe weiter für unser Anliegen und versuche die IG-Zeitung so gut wie möglich unter die Leute zu bringen, um sie bekannt zu machen.

*Das Interview führte  
Branka Goldstein*

## Das Matronats- und Patronatskomitee der IG Sozialhilfe

Folgende Persönlichkeiten unterstützen die Tätigkeit der IG Sozialhilfe:

**Abt Urs**, Psychologe, Maur/ZH \* **Altwegg Leni**, Theologin, Zürich \* **Bänziger-Müller Suzanne**, Schulleiterin, Rufi/ZH \* **Beck Kadima Muriel**, lic. iur., Juristin, Biel \* **Bernard Stephan**, LL.M. Rechtsanwalt & Mediator SAV/AFM, Zürich \* **Beuchat Stéphane**, Sozialarbeiter, Stv. Geschäftsleiter AvenirSocial, Bern \* **Bohrer Isabelle**, Leitung Bereich Soziales, Murten \* **Bossart Rolf**, Dr. theol., St. Gallen \* **Bühlmann Cécile**, Alt-Nationalrätin, Luzern \* **de Baan Verena**, Supervisorin und Organisationsberaterin, Zürich \* **Dvorak Andreas**, Sozialarbeiter FH/MBA, Bern \* **Etter Urs**, Dr. theol., Stäfa/ZH \* **Furrer Hans**, Dr. phil., Erwachsenenbildner, Boll/BE \* **Frutiger-Nikol Hans**, lic. phil. theol., Bereichsleiter Sozialdiakonie, Luzern \* **Giovanelli-Blocher Judith**, Sozialarbeiterin/ Supervisorin, Biel \* **Goll Christine**, Erwachsenenbildnerin, Zürich \* **Grünenfelder Rico**, lic. phil. I, Soziologe, Informatiker, Zürich \* **Gubser Yasmin**, Rechtsanwältin, Zürich \* **Gurny Ruth**, Prof. Dr., Forschungsleiterin Hochschule für Soziale Arbeit, Zürich \* **Häner Urs**, Sozialarbeiter, Luzern \* **Hanhart Dieter**, Dr. phil., Psychologe, Männedorf/ZH \* **Anna Hausherr**, Zentralsekretärin SVAMV, Bern \* **Heusser Pierre**, Dr. iur., Rechtsanwalt, Zürich \* **Huonker Renata**, lic. phil., Pfarrerin, Zürich \* **Huonker Thomas**, Dr. phil., Historiker, Zürich \* **Jäggi Christian**, Dr. phil., Ethnologe, Geschäftsleiter Inter-Active/LU \* **Jegge Jürg**, Leiter Märtplatz, Rorbas \* **Joos Yvonne**, Theologin, St. Gallen \* **Koller Erwin**, Dr. theol., Journalist, Uster/ZH \* **Kubik-Breznik Walpurga**, Atelier Sozialwesen W. K. Kubik, Bern \* **Lang Josef**, Alt-Nationalrat Grüne, Zug \* **Leuthard Esther**, Psychologin, Zürich \* **Lieberherr Nicole**, Treuhänderin, Opfikon/ZH \* **Mäder Ueli**, Prof. Dr., Soziologe, Basel \* **Maggi Bruno**, Dr.med., Arzt, Zürich \* **Meili Martin**, Dr. med., Arzt, Zürich \* **Mezger Eva**, Journalistin, Zürich \* **Näf Thomas**, Präsident KABBA, Bern \* **Oertle Daniel**, Dr. med., Zürich \* **Ott Marianne**, lic. iur., Rechtsanwältin, Winterthur \* **Prelicz-Huber Katharina**, Präsidentin VPOD, Dozentin für Soziale Arbeit, Zürich \* **Ragaller Ina**, Rechtsanwältin, Zürich \* **Rechsteiner Paul**, Ständerat, Präsident des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, St. Gallen \* **Roth Marianne**, PR Beraterin, Zürich \* **Rothen Eduard**, Alt-Stadtpräsident, Alt-Nationalrat, Grenchen \* **Ruffin Regula**, Dr.lic.phil., Bern \* **Rumpf Bernhard**, Soziologe, Projektkoordinator, Zürich \* **Schaub-Römer Christian**, Dr. med., Psychiater, Winterthur \* **Schibli Franz**, Theologe, Sozialarbeiter NDS FH, St. Gallen \* **Schmidlin-Onofri Alois**, dipl. Sozialarbeiter, Schaffhausen \* **Schöpfer Felix**, Rechtsanwalt, Zürich \* **Schwyn Christine**, lic. phil., Sozialpsychologin, Embrach/ZH \* **Seidenberg André**, Dr. med., Zürich \* **Seiler Alexander J.**, Dr. phil., Filmautor und Publizist, Zürich \* **Simek David**, Rechtsanwalt, Zürich \* **Spiegel Miriam**, Sozialarbeiterin, Paar- und Familientherapeutin, Zürich \* **Spieker Willy**, Publizist, Zürich \* **Spillmann Margrit**, Dr. iur., Zürich \* **Staub-Bernasconi Silvia**, Prof. Dr. phil. I, Zürich \* **Steiger-Sackmann Sabine**, Rechtsanwältin und Notarin, Olten \* **Stocker Monika**, Alt-Stadträtin und Nationalrätin, Sozialarbeiterin, Zürich \* **Thanei Anita**, lic., iur., Rechtsanwältin, Alt-Nationalrätin, Zürich \* **Traitler Reinhild**, Dr. phil. I, Zürich \* **Tschäppeler Roland**, Betriebsökonom, Freienbach/SZ \* **Vischer Daniel**, Dr. iur. Rechtsanwalt, Nationalrat, Zürich \* **Voss Christine**, lic. phil. I, Redaktorin, Zürich \* **Wagner Antonin**, Prof. Dr. oec., Zürich \* **Waldburger Samuel**, Psychoanalytiker, Zürich \* **Wallimann Isidor**, Dr. phil., Dozent, Basel \* **Wandeler Bernard**, Prof. an der Hochschule Luzern, Projektleiter, Zürich \* **Weidmann Afra**, Schreibende, Zürich \* **Weil Anjuska**, Kindergärtnerin, Alt-Kantonsrätin, Zürich \* **Wicki Maja**, Dr. phil., Philosophin, Psychoanalytikerin, Zürich \* **Winizki David**, Dr. med., Zürich \* **Wyss Kurt**, Soziologe, Zürich \* **Zanolari Oreste**, Ingenieur, Soziologe, Zürich \* **Zurbuchen Christian**, Theologe, Horgen/ZH \* **Zurbuchen Susi**, lic. phil. I, Horgen/ZH \* **Zürrer Hansheiri**, Theologe, Zürich

**Die IG Sozialhilfe ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Verein,  
steht aber klar auf der Seite der Armutsbetroffenen**

**Unterstützt uns politisch und materiell!**

**Die IG Sozialhilfe finanziert sich ausschliesslich durch private Unterstützung**

**Spenden sind erbeten auf:**

**PC 80-47672-7, IG Sozialhilfe, Postfach, 8032 Zürich**

**Der Verein ist steuerbefreit: Ihre Spende können Sie von Ihrer Steuerrechnung abziehen!**